

Moskau bekräftigt zum 4. Jahrestag: "Alle Ziele der Sonderoperation werden erreicht werden"

24 Feb. 2026 19:15 Uhr

Der 24. Februar 2026 markiert den vierten Jahrestag des Beginns der russischen Militäroperation in der Ukraine. In einer Erklärung erinnert Moskau daran, dass der Krieg schon acht Jahre zuvor begonnen hatte – und bekräftigt, dass alle Ziele der "Sonderoperation" erreicht werden würden.



© Urheberrechtlich geschützt

Symbolbild: Ein Angehöriger des neonazistischen Asow-Bataillons sammelt Spenden für die Fortsetzung des Krieges gegen die prorussische Bevölkerung im Donbass (Kiew, 22. Februar 2025).

Anlässlich des vierten Jahrestages des Beginns der russischen "Sonderoperation" in der Ukraine hat die Sprecherin des Außenministeriums in Moskau, Maria Sacharowa, [eine Erklärung](#) abgegeben, die RT DE im Folgenden dokumentiert:

"Vor vier Jahren, am 24. Februar 2022, begannen die russischen Streitkräfte gemäß der Entscheidung des russischen Präsidenten Wladimir Putin und auf Grundlage der Verfassung der Russischen Föderation mit einer militärischen Sonderoperation. Ziel dieser Operation ist die Beseitigung der vom Kiewer Regime ausgehenden Bedrohungen aus den von ihm kontrollierten Gebieten sowie die Entmilitarisierung und Entnazifizierung der Ukraine. Alle Maßnahmen erfolgen in strikter Übereinstimmung mit Artikel 51 der UN-Charta, der das Recht auf individuelle und kollektive Selbstverteidigung regelt.

Diesem erzwungenen Schritt gingen acht lange Jahre voraus, in denen unser Land verantwortungsvoll versucht hat, eine politische und diplomatische Beilegung des Konflikts im Donbass zu fördern, der das

Ergebnis eines bewaffneten Staatsstreichs war, der im Februar 2014 vom Westen orchestriert, finanziert und organisiert wurde.

Die radikalen Nationalisten, die vor zwölf Jahren mit stillschweigender Billigung (und, wie bereits erwähnt, aktiver Unterstützung) ihrer westlichen Gönner die Macht in Kiew ergriffen haben, zwingen dem multinationalen Volk der Ukraine gewaltsam ihre eigene Ordnung auf, die auf der Ideologie des aggressiven Nationalismus und dem Aufbau eines ethnokratischen Staates basiert. Jene, die die Diktatur der 'Maidan-Sieger' nicht akzeptierten und ihre angestammte Geschichte, Kultur, Vorfahren, die russische Sprache und den orthodoxen Glauben nicht verrieten – und dies sind Millionen von Zivilisten im Donbass und in Neurussland –, wurden vielfältigen Repressionen ausgesetzt. Gegen sie entfesselte das Kiewer Regime einen regelrechten Vernichtungskrieg.

Bis 2022 stieg die Zahl der Opfer des bewaffneten Konflikts im Donbass auf über 13.500. Zehntausende weitere verloren ihre Heimat und erlitten unermessliches Leid und Entbehrungen. Die Unterstützer der Putschisten sowie die von ihnen kontrollierten internationalen Organisationen und Institutionen verschleierte bewusst das Ausmaß der Tragödie. Entgegen ihrem Mandat dienten sie ab den ersten Tagen nach dem Staatsstreich schamlos den geopolitischen Interessen jener, die die 'Säuberung' der Ukraine von allem historisch Russischen zum Ziel hatten.

Es wurde eine großangelegte antirussische Propagandakampagne gestartet, deren einziges Ziel es war, die Welt davon zu überzeugen, dass Russen und alle Völker, die sich als Teil der russischen Welt verstehen, angeblich kein Recht auf den Erhalt ihrer nationalen und kulturellen Identität hätten – weder in der Ukraine noch anderswo. Ganz zu schweigen vom Recht auf Selbstbestimmung und dem Erhalt der historischen Einheit mit Russland, dem Recht auf eine menschenwürdige Entwicklung und verlässliche Sicherheit.

Gleichzeitig ignorierten dieselben internationalen Strukturen geflissentlich die menschenfeindliche Ideologie Banderas und die Verbrechen ukrainischer Neonazis, denen freie Hand gelassen wurde. Waffen zur Zerstörung alles Russischen, so heißt es, 'flossen in Strömen'.

Seit 2014 findet mit westlicher Unterstützung ein aktiver Prozess der Militarisierung der Ukraine und der militärischen Entwicklung ihres Territoriums als potenzieller Kriegsschauplatz gegen Russland statt. Dies schuf Bedrohungen, die mit der Bedrohung der Existenz unseres Landes vergleichbar sind. All dies, gepaart mit der ungebremsten NATO-Osterweiterung, führte zu einer tiefen Sicherheitskrise in Europa. Russland versuchte, Washington und Brüssel zu erreichen. Es warnte davor, Kiews Bestrebungen nach einer NATO-Mitgliedschaft zu unterstützen, die Ukraine mit Waffen zu überschwemmen und die militaristischen, nationalsozialistisch-russophoben Gefühle des Maidan-Regimes zu nähren. Es erklärte lange und beharrlich, wo und warum seine 'roten Linien' verlaufen.

Russlands Vorschläge zur Gewährleistung der Rechtssicherheit, insbesondere hinsichtlich der Nichterweiterung der NATO nach Osten und der Rückkehr der militärischen Infrastruktur auf den Stand von 1997 (dem Zeitpunkt der Unterzeichnung der Gründungsakte der NATO), wurden ignoriert.

Große Besorgnis lösten bei uns auch die von Selenskij im Februar 2022 auf der Münchner Sicherheitskonferenz öffentlich geäußerten Ansprüche auf den Besitz von Atomwaffen aus, die reale Risiken für Russland und die strategische Stabilität insgesamt mit sich brachten. Damit wurden die drei Hauptgrundlagen der ukrainischen Staatlichkeit zerstört – der neutrale, bündnisfreie und atomwaffenfreie Status, der ihr Anfang der 1990er Jahre internationale Anerkennung verschafft hatte.

Die Rechtzeitigkeit und Rechtmäßigkeit der 2022 von der russischen Führung getroffenen Entscheidung über den Beginn der Sonderoperation wird durch das fortschreitende Abgleiten der vom Kiewer Regime kontrollierten Gebiete in eine echte nationalsozialistische Finsternis bestätigt. Dort sind die Verherrlichung der Verbrecher des Dritten Reiches und ihrer blutigen Handlanger, der Bandera-Anhänger, die Schändung von Denkmälern sowjetischer Befreier, die Beschlagnahmung von kanonischen-orthodoxen Kirchen und die Unterdrückung von Gläubigen sowie die Einführung immer diskriminierenderer Gesetze an der Tagesordnung.

Unter anderem deckte die Sonderoperation die Pläne des von den Angelsachsen angeführten westlichen Lagers auf, der internationalen Gemeinschaft eine Art "regelbasierte Weltordnung" aufzuzwingen, deren einziges Ziel darin besteht, die Vorherrschaft des Westens zu sichern und aufrechtzuerhalten. Die legitimen Sicherheitsinteressen Russlands und seiner Verbündeten standen dem im Wege. Heute ist vielen, auch im Westen, die Unzulänglichkeit und Realitätsferne ihres geopolitischen Vorhabens klargeworden.

Im Rahmen der Umsetzung der Aufgaben der Sonderoperation leisten die Streitkräfte der Russischen Föderation mutig und tapfer einen unschätzbaren Beitrag zur Stärkung der regionalen und internationalen Stabilität. Unser Land führt einen aktiven Dialog mit allen interessierten Partnern über die Schaffung eines Systems der gleichberechtigten und unteilbaren eurasischen Sicherheit. Wir sind überzeugt, dass die Lösung der Ukraine-Krise unter Berücksichtigung der legitimen Interessen Russlands dazu beitragen wird. Alle Ziele der Sonderoperation werden erreicht werden.

Ein dauerhafter, gerechter und nachhaltiger Frieden ist nur möglich, wenn die Ursachen von Konflikten angegangen werden. Genau dieses Ziel liegt unseren laufenden diplomatischen Bemühungen zugrunde, auch in unseren Kontakten mit den Ländern der globalen Mehrheit und im Rahmen des russisch-amerikanischen Dialogs."

Kommentar der offiziellen Vertreterin des russischen Außenministeriums, Maria Sacharowa, anlässlich des vierten Jahrestages des Beginns der militärischen Sonderoperation.